

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Trautwein & Co. Dönhofs 3606-3698. Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M. (einschl. 7 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postabteilung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtbau (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeiger-Preisamt am Zehn 35 Pfennig, Familien-Anzeiger monatlich 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter 15 Pf.] Nr 35

DONNERSTAG, 21. JANUAR 1932

ABEND-AUSGABE

Naval wartet ab

Offizielle Vertagung erst morgen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 21. JANUAR

Die französische Regierung hat zu dem englischen Vorschlag auf Vertagung der Konferenz noch nicht Stellung genommen. Wie Ministerpräsident Canal hier den diplomatischen Vertretern mitgeteilt hat, wolle und müsse die Regierung nach französischem Vorkaufsrecht erst das Vertrauen des Parlamentes erhalten, bevor sie die nächsten Entscheidungen treffen könne.

Man nimmt aber an, daß unter dem sehr harten Eindruck, den hier die aus Berlin und London kommenden Nachrichten über die neue Erklärung des Reichstages-Präsidenten gemacht haben, die Kammerdebatte über die Regierungserklärung sich nicht lange hinziehen wird.

Es wird nicht geredet, daß heute abend oder spätestens morgen die Abstimmung über die Vertrauensfrage stattfinden. Wahrscheinlich wird die Regierung im unmittelbaren Anschluß daran sich mit der Frage der Waulaner Konferenz befassen und der Vertagung der Konferenz zustimmen, nachdem die Vertagung von anderer Seite gekommen ist.

Die Vertagung der englischen Moratoriumsverhandlungen durch Deutschland und die Verhandlungen von Washington, die auch auf das Ausland „Nichtmitnahmen“ haben können, werden hier in parlamentarischen Kreisen bis in die Streife der englischen Ehren hinein als eine Drohung und Herausforderung angesehen und haben auf der ganzen Linie eine Kampfstimmung erzeugt.

Reparationskonferenz aufgegeben

Das Reichskabinett vor heute versammelt, hat sich aber fast ausschließlich mit Angelegenheiten befaßt, die ihm vom Reichspräsidenten Goerdeler vorgetragen wurden und sich auf die Durchführung der Preisbremsverordnung bezogen. Ueber die Außenpolitik ist im Kabinett nicht gesprochen worden, weder über die Reparationskonferenz (zu der Reichsminister Dr. Brüning nach dem Bericht des Reichsminister Goerdeler entgegen der ursprünglichen Ansicht in Berlin bleiben wird) noch über die Reparationskonferenz, die man gemein am 25. Januar in Waulaner nicht beginnt wird, oder aber offiziell nicht abgelehnt ist, obwohl es nur noch drei Tage vor dem äußersten Terminermin steht.

Vertretungen von englischer Seite müssen den Eindruck erwecken, als ob das Londoner Kabinett die Einladungen noch nicht zurückgegeben habe, weil es auf eine unmittelbare Verhandlung zwischen den beteiligten Mächten über einen neuen Konferenztermin rechnet. Dieser Termin soll aber, wie in der „Vossischen Zeitung“ bereits gemeldet worden ist, erst im November dieses Jahres liegen, unmittelbar nach den amerikanischen Wahlen und kurz vor dem 15. Dezember, an dem die Wahlen an die Vereinigten Staaten fällig werden.

Der Vorschlag, die Reparationskonferenz bis zum November zu verschieben, ging von der Vorschlagsseite aus, daß das Schweizer Kabinett um ein Jahr, bis zum 30. Juni 1933, verschoben werden müßte. Dieser durch die englische Regierung nach Berlin weitergegebene Vorschlag ist aber vom Reichsrat abgelehnt worden, und Dr. Brüning hat sich auch gegen eine Novemberkonferenz mit allem Nachdruck ausgesprochen.

Europa sieht jetzt vor der Tatsache, daß wegen der französischen Weigerung die Waulaner Konferenz aufgegeben worden ist, ein neuer Konferenztermin aber noch nicht vereinbart ist. Deutschland hat gegen die Verschiebung bis Ende 1932 protestiert, aber es ist nicht gewillt, sich auf einen negativen Protest zu beschränken, sondern es wird, wenn die Umstände es erfordern, von sich aus initiativ vorgehen.

Die Ablehnung einer einjährigen Moratoriumsvereinbarung durch den Reichsrat liegt, worauf man vorbereitet sein mußte, in Paris sehr unverständlich aufgenommen worden. Der „Matin“ findet es unerheblich, daß ein Schuldner ein Moratorium ablehnt, das ihm keine Gläubiger anbieten, weil er seine Verbindungen für immer lösen wollen will. Die Waulaner Schuldverhandlungen sind nicht einen Augenblick davon abgelenkt, die Annulierung der Reparationen in Betracht zu ziehen.

„Es ist eine wahre Entstellung des Textes und eine verwegene Fälschung der Tatsachen, das Örgenteil behaupten zu wollen. Dazu auch noch Drohungen! Ein mit dem allgemeinen Kontext Deutschlands? Nach der Verleugnung der politischen Schulden auch noch Verleugnung der privaten Schulden? Das kann uns

in Frankreich nicht rühren. Offener oder verhielter Panfrott, das ist uns alles eins. Frankreich führt sich jeden Tag weniger in Stimmung, sich erpressen zu lassen.“

Vermittelnde Haltung der Radikalen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 21. JANUAR

Der Parteivorstand der Radikalen, der größten bürgerlichen Partei, die mit einem oppositionellen Programm in den Wahlkampf zieht, nahm eine Resolution an, die erklärt: Frankreich könne eine einseitige Verleugnung des Young-Plans nicht hinnehmen, wohl aber müsse die Regelung der Schulden von Volk zu Volk gegenseitig und gemeinsam für alle Schuldner- und Gläubigerstaaten vorgenommen werden, damit nicht ungerichtete Welle auf einen einzelnen Staat untragbare Lasten fallen. Weiter betont die Resolution, daß die Schulden- und Reparationsregelung kein Hindernis für die deutsch-französische Verständigung sein dürfe.

Verriert, der es allen recht machen will, halte vorher erklärt, daß die Reparationen kein Tribut seien, sondern eine Wiedergutmachung der Geschädigten, eine heilige Schuld also, die mit hartnäckigem Willen der Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten werden müsse. „Dabei ist aber jeder der Gewalt ausgeliefert“, fügte Verriert hinzu. „Man dürfe nur das Recht und die Vernunft sprechen lassen. Aber gerade weil man an die Stelle der Gewalt das Recht setzen wollen, müssen wir auf die Gerechtigkeit der Teilhaber bestehen. Frankreich weigere sich niemals, Deutschland zu helfen, allerdings nicht zugunsten der Spekulanten, sondern nur zugunsten der unschuldigen und unglücklichen Massen.“

Schleichers Versuch

Die Verhandlungen mit Hitler

Ueber die Borgeschichte der Brüningschen Waulaner-Aktion macht die „Berliner Volkszeitung“ Mitteilungen, die angeblich aus „umgekehrten nationalsozialistischen Kreisen“ stammen. Danach hätte General von Schleicher mit Hitlers Vertrauensmann von Epp auf eigene Verantwortung verhandelt und auch die Bildung eines Kabinetts Schroeder-Fried-Schleicher-Bugeneritz ins Auge gefaßt, mit Schacht als Finanzminister und Brüning als Außenminister. Ueber diesen Teil seiner Verbindungen habe Schleicher seinen Chef Schroeder nicht orientiert, und so sei es zu Brünings Waulaner-Aktion gekommen, zum Mißvergnügen Schleichers, der im letzten Augenblick Hitlers „Rein“ zugewandt drachte.

Dieser Ergründung von Schriftlichem Antonen-Ritzen tritt das Reichsministerium mit folgendem entgegengesetzten Dementi entgegen: „Die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über die Verlängerung der Amtzeit des Herrn Reichspräsidenten durch verfassungsänderndes Gesetz sind von den daran beteiligten Stellen des Reichsministeriums auf Weisung des Herrn Reichspräsidenten und in ständiger Fühlungnahme mit ihm geführt worden. Die in der „Berliner Volkszeitung“ wiedergegebenen, angeblich aus nationalsozialistischen Kreisen stammenden Behauptungen sind in vollem Umfang große Lügen. Die darin enthaltenen Unterstellungen über die angebliche Rolle des Generals von Schleicher können nur als unfinnige und böswillige Entstellungen bezeichnet werden.“

Dieses ungewöhnlich scharfe Dementi räumt zum ersten Male amtlich ein, daß die Verhandlungen nicht, wie es bisher immer geheißen hat, von Schroeder in seiner Eigenschaft als Reichsminister geführt worden sind, sondern von jetzigen Stellen des Reichsministeriums, worunter natürlich vor allem General von Schleicher befaßt wird. Die verschiedenen Unterredungen Schleichers mit Hitler vor einigen Monaten, von denen in der Öffentlichkeit keinerlei ausführlicher Bericht vorliegt, haben demnach bereits der Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl gegolten.

Um so lohnenswerter wird die moralische Enttarnung, die Hitler jetzt über die bloße Gummierung der Verhandlungen macht. Die von der Reichsregierung angeführte Antwort auf Hitlers Verdächtigungen an deren Abführung in den „verschwiegenen belebten Reflexen“ gegenwärtig gearbeitet wird und Gombold verächtlich werden soll, wird dem Sachverhalt höchstwidrig entgegengesetzt.

Großkampf in Halle

Die Hallenser Studenten haben ihre Antifindigkeit wirt gemacht: der Kampf gegen den Theologieprofessor Dehn ist vom neuen entsetzt worden und soll offenbar diesmal bis zur Entziehung durchgeführt werden, nämlich: entweder bis zur Aberufung Dehns von seinem Lehrstuhl oder bis zum offenen endgültigen Bruch mit dem Kultusministerium, der die Entziehung der Universität Halle bedeuten würde. Das erste Ziel werden die Führer der Aktion ja wohl leicht zum erreichen haben. Jedenfalls verfolgen sie die klare Absicht, diesen Streit bis zur letzten politischen Konsequenz zu treiben und damit einen Generalangriff gegen das „System“ zu führen, für den sie offenen Sultans von der gesamten Rechtsopposition in Breußen erhoffen.

Es lengezeichnet das planmäßige Vorgehen der Studenten, daß sie diesmal von ihrer früheren Taktik der Demonstrationen und gewaltlosen Unternehmungen abweisen, um desto härter die „atemberaubenden“ Möglichkeiten für ihren Kampf auszunutzen. Der einzige Fall eines großen Disziplinärzuges trat sich vor einigen Tagen im Hofe Dehns zu, als ein Student einen Anfallprober zur Explosion brachte. Der Täter wurde gefaßt und steht jetzt vor den Universitätsbehörden. Es ist durchaus möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß er ohne jeglichen Vorbehalt gehandelt hat, daß er sich nur als besonders freisinnig hervorzuheben wollte und dabei über die Front der anderen vorrückte. Aber es verlohnt sich wohl, daß man angiebt die Frage, wie der Mann bestraft werden soll, der Schlüsseln wahrgenommen wird, um die seit langem gründlich vorbereitete allgemeine Aktion zu unternehmen.

Diese Vorbereitung besteht im wesentlichen darin, daß die Studenten sich diesmal die Unterstützung eines Teiles der Dozenten verschafft haben. Man darf sich schon bei dem Universitätsratum im Herbst in jener Dozenten-Versammlung, die dem Rektor Professor Dr. Rubin das Vertrauen für seine Haltung ausprobierte, eine Oppositionsgruppe vertreten war, die vielleicht nur deshalb nicht offener hervortrat, weil der vorangegangene maßlose Anbruch der Studenten auf keinen Fall zu denken war. Daß der Konflikt damals durch die Kapitalitäten der rebellierenden Studentenschaft sein vorläufiges Ende fand, war nicht nur der Befehl, bei aller Festigkeit doch sehr elastischen Verhandlungsführung des Rektors zu danken, sondern vor allem auch dem Eingreifen des Defens der juristischen Fakultät, Professor Dr. Böhm er, der, selbst politisch rechtshändig, unter den Studenten besonderes Vertrauen genießt.

Es scheint im neuen Stadium des Falls die schwerwiegende Tatsache zu sein, daß dieser Professor Böhm jetzt als Sprecher der frontierenden Studentenschaft auftritt und dem Kampf gegen Dehn in der Sache vollkommen beiträgt. Er hat, wie bereits berichtet wurde, in der Studentenerversammlung am Mittwoch, die er zunächst wohl nur beauftragt um zur Disziplin zu mahnen, die unerwünschte Forderung ausgesprochen, Dehn habe auf seine Verantwortlichkeit zu verzichten.

Böhm und eine Reihe anderer Dozenten motivieren diese Schwärzung mit der Gefahr, die Professor Dehn nur kurzem aber keinen „Fall“ herausgegeben hat. Es seien darin, so erklären sie, Angriffe nicht nur gegen die Studenten, sondern auch gegen die frühere Erklärung der Dozentenchaft enthalten. Der ganze Streitfall sei nunmehr vollkommen in die grundsätzliche Ebene gerückt. Alle Bedenken, die sich früher gegen das Vorgehen der Studenten geltend machen mußten, hätten nun, da es um die prinzipielle Klärung gehe, zu schweigen. Im gleichen Sinne hat sich vor kurzem der Vorgänger Professor Dehns auf dem Hallenser Lehrstuhl, Professor Dr. Eger, in der „Breußischen Aftendzeitung“ ausgesprochen. Der Kampf der Studentenschaft richtet sich, nach seiner Meinung völlig mit Recht, gegen die theologische Auffassung Dehns, gegen jene ethische Haltung in allen Fragen der Nation, die bei den waterländisch Gelehrten und vor allem bei der heranwachsenden Jugend schärfste Ablehnung finden müsse.

Es mag dahingehört bleiben, ob Professor Dehn mit seiner Schrift gut daran tat, den mißfällig begleiteten Konflikt vor der Öffentlichkeit aufzuheben auszuweisen. Aber es muß noch einmal ausdrücklich festgestellt werden, daß er sich aller polemischen Schärfe enthält und nur seine grundsätzliche Stellung noch einmal mit aller Bestimmtheit darlegen wollte. Wenn er aber den Radikalismus der Jugend als ein „von Gott geößte Babeln-Liebe“, als einen „verreerten dämonischen Idealismus“, bezeichnete, geschah es sicher nicht, um